

Steuerfjadismus?

„Steuerfjadismus!“ Das ist das Schmähwort, das die Wiener Christlichsozialen für die sozialdemokratische Steuerpolitik erfunden haben. „Steuerfjadismus!“ Der Chor der Kapitalisten und ihrer Söldlinge wird nicht müde, dieses Wort zu wiederholen, das die Finanzpolitik der neuen Rathausmehrheit charakterisieren soll und doch nur bezeichnend ist für die, die es im Munde führen. Denn es ist Ausdruck des Jammers der Besitzenden darüber, daß jetzt vor allem sie zu Steuerleistungen für die Gemeinde herangezogen werden, während früher, da sie die Gemeinde beherrschten, alle Steuern auf die Armen, auf die Arbeitenden abgewälzt wurden. Wer sprach damals vom „Steuerfjadismus“, als die Massen fast alle Steuern trugen, die Besitzenden aber so wenig, daß sie diese Last überhaupt nicht fühlten? Wohl seufzten die Armen unter dieser Last, aber sie wußten meist nur von einem Druck der Teuerung, denn die meisten Gemeindesteuern der Vorkriegszeit waren indirekte Steuern, kamen also dem Großteil der Bevölkerung kaum als Steuern zum Bewußtsein. Daß manches, was jetzt zur Selbstverständlichkeit geworden ist, wie Gas und elektrisches Licht, den Arbeitern als unerreichbarer Luxus erschien, berührte die christlichsozialen Rathshausherren nicht. Nicht wahr, ein gewisser Abstand zwischen der Lebenshaltung des Bürgers und der des Proletariers gehört doch zur gesellschaftlichen Ordnung? Und für die Klagen der Notleidenden waren diejenigen taub, die auch die Not, von der sie selber nie berührt wurden, als eine göttliche Einrichtung ansahen. Dafür waren sie doch Christen! Sie empfanden erst dann das Steuerzahlen als etwas Schmerzliches, als sie selber von diesem Zwang getroffen wurden. Um so quälender empfanden sie diesen Schmerz, als sie ihn früher überhaupt nicht gekannt hatten. Und da ist es kein Wunder, daß sie sich den führenden Finanzpolitiker der sozialdemokratischen Gemeindemehrheit, den Genossen Breitner, als einen Menschen mit wahrhaft teuflischen Gelüsten vorstellen, dem es unsägliche Freude bereitet, den armen Reichen so arge Steuer Schmerzen zu bereiten.

Ihre Klagen haben die Christlichsozialen auch ins Ausland getragen und dort erzählt, die Wiener Bevölkerung sei übersteuert (der Christlichsoziale Kunschak hat ausgerechnet, daß auf den Kopf des Wieners jährlich 1,309.093 Kronen Steuern entfallen) und Wien sei — wegen der Fremdenzimmerabgabe, der Steuer auf Speisen und Getränke und wegen der Vergnügungssteuern — eine teure Stadt geworden.

Nun, die Gesamtsumme der Gemeindecinnahmen ist ungefähr die gleiche wie vor dem Kriege. Sie betrug nach dem Voranschlage für 1913 insgesamt 157,815.747 Goldkronen, nach dem Voranschlage für 1925 150,616.798. Von einer Mehrbesteuerung durch die Gemeinde kann also keine Rede sein. Aber die Lastenverteilung ist eine ganz andere geworden — und das erweckte den Zorn der Besitzenden! Es ist richtig, daß auf den Kopf soviel Steuerkronen fallen, wie Herr Kunschak ausgerechnet hat. Aber es gibt Wiener Steuerzahler, die den auf hunderte oder gleich tausende entfallenden Steueranteil tragen müssen — das sind die über den „Steuerfjadismus“ Schimpfenden — und viele tausend, die nur sehr wenig

zahlen müssen, also weit unter dem auf den „Kopf“ entfallenden Steueranteil bleiben.

Ein paar Beispiele zur Kennzeichnung des Breitnerschen Steuersystems:

Das Länderwettspiel Wien-Tschechoslowakei, das im März 1926 stattfand, brachte der Gemeinde Wien an Lustbarkeitssteuer den Betrag von 22.846 Schilling (109.000 tschechische Kronen), ungefähr soviel, wie die Betriebskosten der Wärmestuben für ein Jahr erfordern. — Die Lustbarkeitsabgabe von Zirkus- und Varietee-Vorstellungen ergibt eine Jahreseinnahme von viereinhalb Millionen tschechischen Kronen. — Die Familie Rothschild zahlt an Hauspersonal-, Kraftwagenabgabe- und Wohnbausteuer sowie an Fürsorgeabgabe vom Geschäftsbetrieb jährlich 7875 Millionen österreichische Kronen (6016mal die Kopfquote!).

Diese Beispiele kennzeichnen tatsächlich das System: besteuert werden die Reichen, besteuert wird der Luxus, wird der Ueberfluß, das nicht Lebensnotwendige!

Früher war es anders, war es genau umgekehrt. Die Wiener Gemeindesteuern waren vor dem Kriege in der Hauptsache folgende: Zuschläge zum Mietzins, die ja auch bei uns noch einen wesentlichen Bestandteil des Steuersystems bilden, dann die Verzehrungssteuer auf Fleisch, Besteuerung des Alkohols, Reingewinne der städtischen Betriebe. Also Steuern, die von den Armen getragen wurden! Sie zahlten Steuer, indem sie teureres Fleisch kauften, zahlten sie mit jeder Straßenbahnkarte, zahlten mit jeder Krone Mietzins 42 Heller Steuer! — Jetzt gibt es keine Mietsteuer mehr. Die Stadt hätte wohl das Recht, sie einzubeheben, aber sie macht keinen Gebrauch davon. Es gibt auch keine Verzehrungssteuer mehr. Und die städtischen Unternehmungen führen keine Reingewinne mehr ab, weil sie nicht als gewinnbringende Unternehmungen geführt werden, sondern eine viel schönere Aufgabe zugewiesen erhielten: der Bevölkerung billiges Gas und billigen elektrischen Strom zu liefern und ihr billiges Fahren auf der Straßenbahn zu ermöglichen. Vor dem Kriege kostete in Wien ein Kubikmeter Gas 17 Goldheller; dazu kam noch die Gasmesserrente. Heute beträgt der Gaspreis in Wien 19 Groschen oder 13.57 Goldheller. Da ist schon die Wasserkraftabgabe und die staatliche Warenumsatzsteuer mit eingerechnet! Das Gas ist also um 28.5 Prozent billiger als in der Zeit der Herrschaft der Christlichsozialen. Es ist auch billiger als in allen Großstädten Europas. In Prag ist es genau doppelt so teuer! Dafür ist aber auch die Zahl der Gasabnehmer von 211.815 im Jahre 1913 auf 355.704 im März des Jahres 1926 gestiegen. — Auch der Preis des elektrischen Stromes ist billiger als in allen anderen Großstädten. Die Hektowattstunde Licht hat im Frieden 7 Goldheller gekostet. Sie kostet jetzt einschließlich Wasserkraftabgabe und Warenumsatzsteuer 3.61 Goldheller! Der Erfolg: Die Zahl der Anlagen stieg von 92.500 im Jahre 1913 auf 462.528 im März dieses Jahres. — Der „Wasserheller“ wurde abgeschafft. Die Bevölkerung bekommt Trink- und Kochwasser umsonst. Sie erspart allein beim Wasser 131 Milliarden Kronen jährlich! — Der Durchschnittsfahrpreis auf der Straßenbahn betrug im Jahre 1913, in der Zeit der christlichsozialen Herrschaft, 17 Goldheller, er beträgt jetzt 13.88 Goldheller.

Die sozialdemokratische Gemeindemehrheit, die bei ihrem Amtsantritte völlig geleerte Kassen vorfand, und nicht gewillt war, die bisherige Ausbeutung der Konsumenten und Mieter fortzusetzen, mußte ein ganz neues Steuersystem schaffen. Es besteht nun, da es vollständig ausgebaut ist, aus folgenden Abgaben: Luxussteuern, und zwar Lustbarkeitssteuer für Vergnügungen aller Art, 10 bis 50 Prozent betragen, am härtesten die Veranstaltung von Rennen, Box- und Ringwettkämpfen treffend (Ertrag für 1926 mit 12 Millionen Schilling veranschlagt), — Abgabe von Speisen und Getränken in Luxuslokalen (mit 13 Millionen Schilling veranschlagt), Kraftwagenabgabe (Lastwagen und Motorräder sind frei, im Gegensatz zum christlichsozial verwalteten Lande Niederösterreich) (mit 4.5 Millionen Schilling veranschlagt), — Hauspersonalaabgabe, erst bei der zweiten Hausgehilfin beginnend, und männliches Dienpersonal höher besteuern als weibliches (mit 2.5 Millionen Schilling veranschlagt), — Pferdeabgabe, Hundeabgabe (die aber nur die Kosten der sanitätsbehördlich vorgeschriebenen Registrierung der Hunde einbringt), — ferner Betriebs- und Verkehrssteuern, und zwar Fürsorgeabgabe, die $4\frac{1}{10}$ Prozent der ausgezahlten Lohnsummen beträgt, bei Banken $8\frac{1}{2}$ Prozent, und auf den Lohnempfänger nicht überwält werden darf (mit 66 Millionen Schilling veranschlagt) — die Konzessionsabgabe, die Plakatabgabe, die Anzeigenabgabe (die die „Neue Freie Presse“ und „Neues Wiener Tagblatt“ zur Abfuhr ansehnlicher Summen aus ihren Inseratenplantagen zwingt), die Abgabe von freiwilligen Feilbietungen, die Fremdenzimmerabgabe, die Kanzlei- und Augenscheintaren, den Feuerwehrbeitrag, der von allen gegen Feuergefahr Versicherten zu tragen ist und der natürlich die Kosten des städtischen Feuerlöschwesens nicht annähernd deckt, die Wasserkraftabgabe, die beim Gasbezug $1\frac{1}{2}$ Prozent und beim Bezug elektrischen Stromes vier Prozent beträgt, zeitlich begrenzt ist und ausschließlich zur Schaffung der großen Wasserkraftwerke diente, — und endlich die unbeträchtliche Bodensteuer, die Wertzuwachssteuer (mit 6 Millionen Schilling veranschlagt), die von großer grundsätzlicher Bedeutung ist, und die Wohnbausteuer, die ausschließlich für die Errichtung von Wohnhäusern bestimmt ist und zu der alle Inhaber von Wohnungen beitragen müssen. Sie ist aber gestaffelt und so niedrig bemessen für die Inhaber kleiner Wohnungen, daß sie, da die Wohnungsmieten keine Belastung des Mieters bilden, unschwer getragen werden können. Sie beträgt bei Kleinwohnungen, die vor dem Kriege allein jährlich 151 Goldkronen 20 Heller an Mietsteuern ergaben, jährlich 10 Schilling 80 Groschen, das sind ungefähr 50 tschechische Kronen. Der Ertrag der Wohnbausteuer ist für 1926 mit 34,115.000 Schilling veranschlagt.

Zu diesen Gemeindeabgaben kommen noch die vom Staate allen Ländern, also auch der Gemeinde Wien überwiesenen Beträge, wät denen die Stadt an dem Erträgnis einiger Bundessteuern beteiligt ist, die Verzinsung städtischer Bargeldbestände und die Gewinnanteile jener Unternehmungen, an denen die Stadt als Aktionärin beteiligt ist.

Es ist keine Uebertreibung, zu behaupten, daß das Steuersystem von Grund

auf geändert ist, daß es auf Prinzipien ruht, die denen der früheren christlich-sozialen Mehrheit schroff entgegengesetzt sind, daß die sozialdemokratische Gemeindemehrheit bemüht ist, die Besitzlosen zu schonen und die Besitzenden heranzuziehen zur Deckung der Kosten nicht nur der Stadtverwaltung, sondern auch der sozialen Aufgaben, welche die Gemeinde übernommen hat. Deswegen, weil die Gemeinde alle Vergnügungen und allen Luxus besteuert, weil sie durch ihre Bodenpolitik die Grundspekulanten geradezu enteignet hat, — deswegen, weil der einst in Wien allmächtige und das ganze kommunale Leben bestimmende Hausherr heute nichts mehr bedeutet, weil im Mittelpunkt der sozialistischen Gemeindepolitik der arme und arbeitende Mensch steht, — deswegen der Wutschrei der Bourgeoisie über Breitners „Steuerfädismus“! Aber da es einen Steuer-„Masochismus“ der Besitzenden leider nicht gibt, also nicht mit der freudigen freiwilligen Besteuerung der ihre Stadt so überaus liebenden Reichen zu den großen Aufgaben der Gemeinde zu rechnen ist, so ist der „Steuerfädismus“ der Sozialdemokraten, ist der harte Zugriff zu den Kassen der Reichen unvermeidlich.

O, man hört darüber klagen, daß der „Fortschritt“ besteuert werde — mit dieser Klage ist die Kraftwagenabgabe gemeint — und daß das bishigen Vergnügen, das die Menschen der Nachkriegszeit noch haben, besteuert wird — ja, daß sogar die Entwicklung der Kunst und ihr Eindringen in die Masse des Volkes durch die Steuern gehindert werde! Nun, das Automobil ist gewiß nicht bloß als Luxusgegenstand anzusehen, sondern vor allem als modernes Verkehrsmittel. Aber die Anschaffung von Automobilen und ihre Erhaltung ist noch immer sehr teuer, so teuer, daß die Steuer für denjenigen, der sich einen Kraftwagen kaufen kann, keine besondere Rolle mehr spielt. Jedenfalls werden Arbeiter, Angestellte, Beamte und Kleingewerbetreibende durch diese Steuer nicht belastet!

Sie werden auch nicht bedrückt durch die Speisen- und Getränke-Abgabe, denn die große Mehrzahl der Wiener Gastwirtschaften und Kaffeehäuser, diejenigen, die von den arbeitenden Menschen aufgesucht werden, sind steuerfrei.

Aber die Vergnügungssteuern! Die Besteuerung der Kunst! Nun, das christlichsozial geleitete Reich verteuert das Mehl und das Brot durch eine achtprozentige Warenumsatzsteuer, — sind nicht zehn Prozent Steuern für Schauspiel- und Opernaufführungen erträglicher? Gewiß, wir wollen, daß die Arbeiter ins Theater gehen können, — aber wichtiger noch ist für sie die gesunde Wohnung, wichtiger ist Fürsorge für Arbeiterkinder. Die zehn Prozent Steuer verteuern den Theaterbesuch übrigens nicht so sehr, daß der Arbeiter oder Beamte, sofern er einmal ein solches Vergnügen in Erwägung ziehen kann, durch diese Erhöhung daran gehindert würde. Wer aber als Zuschauer an Pferderennen und Box- und Ringwettkämpfen teilnehmen will, — nun, der drängt sich damit nicht zu einer künstlerischen oder kulturellen Veranstaltung, der kann, wenn er schon bei einem Luxus-Vergnügen dabei sein zu müssen glaubt, auch die 50 Prozent Steuer mit tragen, die die Gemeinde auf die Eintrittspreise aufschlägt.

Aber es gibt nicht nur bürgerliche, es gibt auch kommunistische Kritiker der sozialdemokratischen Steuerpolitik. Mit jener schlichten Sachlichkeit, welche die Kommunisten auszeichnet, hat gelegentlich des Besuches unserer

Genossen in Wien das dort erscheinende „Rote Fähnchen“ behauptet, daß den Großteil der Wiener Gemeindesteuern die Arbeiter aufbringen müssen, ja, daß im Grunde genommen die Arbeiter die Träger aller Steuern, auch der sogenannten Luxussteuern, sind. Die erste Behauptung ist ganz willkürlich und wider besseres Wissen aufgestellt, um so wahrer ist aber die zweite. Denn selbstverständlich zahlt in der kapitalistischen Gesellschaft der Arbeiter jede Steuer, auch die Champagnersteuer und die Hausgehilfensteuer und die Automobilsteuer seines Ausbeuters. Aber da die Wiener Arbeiter bisher in ihrer Stadt den Kapitalismus noch nicht beseitigen konnten, was ja auch den russischen Kommunisten noch nicht ganz gelungen sein soll, so ist es immer noch besser, sie zwingen dem Kapitalisten solche Steuern auf, wie es die jetzt genannten sind, und nehmen ihm damit einen Teil des den Arbeitern abgenommenen Mehrwertes wieder ab, als daß sie gestatten, daß dem Bürgertum sein Profit ungeschmälert verbleibe und alle Steuerlast dem Proletariat aufgebürdet werde, sein geringes Einkommen noch mehr verringern. Andere Möglichkeiten als diese zwei gibt es nicht. Die Wiener Sozialdemokratie hat die für die Arbeiter günstigere gewählt.

Die Wiener sozialdemokratische Steuerpolitik hat unter den Sozialisten der ganzen Welt Bewunderung erweckt. Sie ist vorbildliche sozialistische Steuerpolitik. Aber sie kann leider für unsere Gemeindepolitik nur in sehr bescheidenen Grenzen vorbildlich sein. Denn Wien ist zugleich österreichisches Bundesland und der Wiener Gemeinderat kann als Landtag eigene Steuergesetze beschließen, sofern nicht dadurch Bundesgesetze berührt werden. Wir haben nur Kleinstädte, die Steuerautonomie unserer Gemeinden ist eine sehr beschränkte. Wir können also in unseren Gemeinden nicht das Wiener Beispiel nachahmen. Aber nirgends kann man ausländische Beispiele einfach kopieren. Daß sie den westeuropäischen Arbeitern trotz ganz anderer wirtschaftlicher und politischer Machtverhältnisse zumuten, die bolschewistische Revolution zu kopieren, gerade das machen wir den Kommunisten zum Vorwurf. Wir können unter den derzeitigen Verhältnissen nur wenig von dem praktisch verwerten, was wir in Wien an sozialistischer Gemeindearbeit gesehen haben. Und doch bleibt Wien ein wunderbares Beispiel. Ein herrliches Beispiel dafür, daß die sozialdemokratischen Steuergrundsätze: Entlastung der Armen, Belastung der Besitzenden, durchführbar sind, durchführbar dort, wo die Sozialdemokratie zur Macht gelangt!